

## **F-1 Tagesordnung**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 31.10.2022  
Tagesordnungspunkt: F Tagesordnung und Formalia

### **Antragstext**

- 1 TOP 1: Tagesordnung und Formalia
- 2 TOP 2: Aktuelle politische Lage
- 3 TOP 3: Gemeinsam sind wir stärker – unser Ausblick auf das Verbandsjahr 2023
- 4 TOP 4: Arbeitsbereiche und Teams
- 5 TOP 5: Verschiedenes

## **A1 Frauen, Leben, Freiheit!**

Gremium: Grüne Jugend Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 18.11.2022  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

## **Frauen, Leben, Freiheit!**

Der Mord an Jina Mahsa Amini, eine junge iranische Kurdin, war ein staatlicher Femizid ausgeführt durch die Sittenpolizei des Mullah-Regimes. Tausende Frauen, queere Menschen und Jugendliche strömen seit dem Mord an Jina Mahsa Amini auf die Straßen, einige reißen sich öffentlich das Kopftuch ab und legen sich mit dem Repressionsapparat an, der die Proteste auf brutalste Weise eindämmen will. „Jin, Jiyan, Azadi – Frauen, Leben, Freiheit“ – lautet der Leitspruch der Proteste. Die Protestbewegung ist aber keine rein weibliche – auch Männer, Junge und Alte gehen auf die Straße und unterstützen den Aufstand gegen die Unterdrückung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Iran sind seit Jahren schlecht.

Viele Iraner\*innen leben in heftiger Armut, einige haben nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser, während Angehörige des Mullah-Regimes ein Luxusleben führen und die Gewinne aus der Ölwirtschaft an einige wenige gehen. Auch deswegen wird die Protestbewegung zunehmend von Arbeiter\*innen unterstützt, die ihre Betriebe, wie die Öltraffinerien, bestreiken.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen die islamistisch motivierte Unterdrückung von Frauen, von Homosexuellen, von queeren Menschen, gegen Armut, gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung – kurz: sie begehren auf gegen ein Regime, das ihre Rechte und ihr Wohlergehen verachtet. Tausende Protestierende wurden seit Beginn der Aufstände inhaftiert, viele wurden gefoltert, einige Demonstrant\*innen sogar getötet. Trotzdem gelingt es dem mächtigen Repressionsapparat der islamischen Republik nicht, diese revolutionäre Bewegung zu beenden.

## **Die Wut ist keine neue**

Schon kurz nach der islamischen Revolution 1979 wurde der Verschleierungszwang eingeführt. Frauen waren damit die erste Gruppe, deren Grundrechte direkt nach der Revolution von der islamischen Führung eingeschränkt wurde. Schon damals

29 versammelten sich Frauen und protestierten tagelang gegen die Einschränkung  
30 ihrer Freiheiten. In den folgenden Jahren wurden Oppositionelle verfolgt,  
31 gefoltert und ermordet, Kurd\*innen diskriminiert und ein immer brutalerer  
32 Machtapparat aufgebaut. Auch hat das Regime im Iran jahrelang versucht, Gruppen  
33 im Land gegeneinander auszuspielen, so auch die Mehrheitsgesellschaft gegen die  
34 Kurd\*innen. Aber jetzt, unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« kommen alle  
35 zusammen.

## 36 **Solidarität mit dem Freiheitskampf!**

37 Es sind die Menschen im Iran, die ihr Schicksal in die Hand nehmen und für  
38 Freiheit eintreten. Es ist unsere Aufgabe, sie dabei bestmöglich zu  
39 unterstützen.

40 Was zu tun ist:

- 41 • Als Grüne Jugend unterstützen wir die Demonstrationen in Deutschland,  
42 mobilisieren zu ihnen und beteiligen uns mit unseren Kreisverbänden vor  
43 Ort in der Organisation ebendieser.
  
- 44 • Wir sehen es als unser unmittelbares Handlungsfeld, sicheres politisches  
45 Engagement für Exil-Iraner\*innen in Deutschland zu ermöglichen. Deswegen  
46 setzen wir uns für die Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg ein,  
47 welches eng mit dem iranischen Regime verstrickt ist.
  
- 48 • Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Bundesregierung, den behördlichen  
49 Schutz für Exil-Iraner\*innen zu ermöglichen.
  
- 50 • Wir brauchen einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Die  
51 Einreisesperre für bereits abgeschobene Menschen muss zurückgenommen  
52 werden und allen Iraner\*innen ein Bleiberecht gewährt werden. Darüber  
53 hinaus braucht es erleichterte Einreisebestimmungen für iranische  
54 Staatsbürger\*innen.
  
- 55 • Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans treffen, sind kontraproduktiv.  
56 Sinnvoll sind gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen,  
57 die mit dem Regime verstrickt sind und es unterstützen. Dazu gehört neben  
58 einem Kooperations- und Betätigungsverbot auch die Konfiszierung von  
59 Einkommen und Vermögen sowie die strafrechtliche Verfolgung.
  
- 60 • Der Zugang zum freien Internet ist für die mutigen Menschen im Iran  
61 notwendig, um auf der einen Seite miteinander zu kommunizieren und auf der  
62 anderen Seite, internationale Aufmerksamkeit und Solidarität zu erzeugen.

63 Das iranische Regime schränkt diesen Zugang immer weiter ein. Die vielen  
64 Initiativen aus Zivilgesellschaft, Unternehmen und auch Regierungen, diese  
65 Sperren zu umgehen und weiterhin Kommunikation zu ermöglichen sind eine  
66 Form praktischer Solidarität!

67 • Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Wege zu finden, Oppositionelle  
68 direkt zu unterstützen. Dafür braucht es einen engen Dialog mit der  
69 Protestbewegung, um auszuloten, welche Unterstützung vor Ort tatsächlich  
70 hilfreich ist

71 • Eine Welt frei von Atomwaffen ist erstrebenswert, doch ob man mit dem  
72 Mullah-Regime verlässliche Abmachungen eingehen kann, ist zurecht  
73 umstritten. Dementsprechend halten wir es für sinnvoll, dass die  
74 Verhandlungen zum Atomwaffenvertrag ruhen.

## 75 **Gemeinsam für Freiheit und Menschenrechte,** 76 **überall!**

77 Das außenpolitische Handeln der Bundesregierung ist widersprüchlich und bei  
78 weitem nicht nur wertegeleitet. Während die Kurd\*innen in Ostkurdistan im Iran  
79 treibende Kraft für die Revolution sind, werden sie in Südkurdistan von der  
80 Türkei angegriffen. Mittlerweile häufen sich die Berichte, dass es sich um  
81 Giftgasangriffe handelt. Hierzu schweigt die Bundesregierung, wie schon bei den  
82 Angriffen auf Nord-Ost-Syrien. Hier sehen wir, was passiert, wenn der Anspruch  
83 eines wertorientierten Handelns nicht mit der Interessenslage des Staates  
84 zusammen fallen. Für uns bedeutet das nur umso mehr: Wir stehen solidarisch an  
85 der Seite der Kurd\*innen! Die Beziehungen zwischen Staaten ist von  
86 Abhängigkeiten und geopolitischen, oft wirtschaftlichen Interessen geprägt.  
87 Als Linke stellt uns das vor die Herausforderung, wirkmächtige Handlungsfelder  
88 zu erkennen und zu nutzen. Dass die Situation im Iran auch hier in Deutschland  
89 Hunderttausende auf die Straßen treibt, zeigt, wie groß das Potential für  
90 internationale Solidarität ist. Hieran können wir anknüpfen. Wenn das Regime  
91 Internet und Messenger abschaltet, um die Stimmen der Proteste im Iran zu  
92 ersticken, dann stehen wir umso lauter für die mutigen Menschen im Iran ein. Als  
93 internationalistische Feminist\*innen, als Unterstützer\*innen der revolutionären  
94 Kräfte im Iran, müssen wir jetzt das Machbare tun, um die Kräfte vor Ort zu  
95 unterstützen.

96  
97 Internationale Solidarität brauchen wir auch dann, wenn diejenigen, die für  
98 Freiheit kämpfen, gerade keine internationale Bühne haben, wenn sie in der  
99 Minderheit sind und wenn noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist. Wie wir sie auf  
100 der einen Seite durch die direkte Verbindung zu Akteuren im Ausland und auf der  
101 anderen Seite durch den Druck auf die eigene Regierung unterstützen können, sind  
102 Fragen, denen wir uns als GRÜNE JUGEND im nächsten Jahr vermehrt annehmen  
103 werden. Wir wollen dabei an dem Aufbau einer internationalistischen Linken

104 arbeiten, die in globalen Fragen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen  
105 kann, sondern international miteinander vernetzt eine echte Schlagkraft  
106 entwickeln kann.

## **A2 Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!**

Gremium: Bundesvorstand Grüne Jugend  
Beschlussdatum: 18.11.2022  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so  
2 viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen,  
3 tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind  
4 schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich  
5 das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C°  
6 zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den  
7 Planeten.

8 Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie  
9 international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des  
10 Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor:  
11 Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer  
12 massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen.  
13 Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit  
14 und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der  
15 Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten  
16 werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb  
17 notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

18 Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln.  
19 Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch  
20 Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen  
21 geschafft, die ohnehin viel zu ambitionstosen Klimaziele zu erreichen. Jahr für  
22 Jahr werden die notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am  
23 Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu  
24 umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum  
25 Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr  
26 Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle  
27 Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher  
28 Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen  
29 Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu  
30 verfehlen.

### 31 **Im Namen unserer Zukunft: tax the rich**

32 Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von  
33 Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von  
34 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so  
35 viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-  
36 Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung  
37 ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren.  
38 Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO2-Ausstoß  
39 verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen  
40 abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass  
41 ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise  
42 verantwortlich sind.

43 Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten  
44 und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht  
45 mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von  
46 Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie  
47 international.

### 48 **Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage**

49 Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf  
50 individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die  
51 systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

52 Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es  
53 keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so  
54 deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile  
55 Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie  
56 begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von  
57 Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem  
58 zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen  
59 nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen,  
60 können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese  
61 entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima  
62 entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

63 Fossile Konzerne machen Milliardenengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas –  
64 und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche  
65 Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die  
66 Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen  
67 Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie  
68 zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für  
69 politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

70 Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von  
71 Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation  
72 unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine  
73 Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell  
74 unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr  
75 Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt,  
76 Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die  
77 Energiepreise für alle. Solange Profitbestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden  
78 Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt  
79 stehen.

### 80 **Vergesellschaftung statt Profitdruck**

81 Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen  
82 Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um  
83 Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist  
84 offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lützerath nicht mehr verhandelt werden  
85 kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit  
86 Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von  
87 Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE  
88 deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden,  
89 während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber  
90 ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit  
91 einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft. Die Energieversorgung  
92 gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr  
93 Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird.

94 Dabei müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich  
95 wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so  
96 viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht  
97 darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen -  
98 sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer  
99 profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

### 100 **Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!**

101 Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer  
102 noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die  
103 Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht  
104 schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen  
105 Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei – auch die  
106 Grünen – werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den  
107 Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht  
108 trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung  
109 bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.



### 110 **Solidarisch als Teil der Klimabewegung**

111 Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des  
112 Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das  
113 Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe  
114 Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr  
115 Aktivist\*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem  
116 leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden –  
117 geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

118 Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die  
119 aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher  
120 dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite  
121 Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu  
122 gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den  
123 Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

124 Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel  
125 der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist\*innen, wie etwa in Bayern, nun mit  
126 bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und  
127 bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass  
128 sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr  
129 sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen  
130 Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

### 131 **Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!**

132 Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird  
133 es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der  
134 Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt  
135 werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle,  
136 bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein  
137 krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne  
138 Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den  
139 Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE  
140 enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem  
141 linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter\*innen,  
142 Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

143 Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale  
144 Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es  
145 nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global  
146 schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern  
147 global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie  
148 zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare

149 Projekte unterstützt werden.

150 Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren  
151 Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen  
152 Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr  
153 weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen  
154 erstreiten.

155 Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.

### **A3 Für ein Bürger\*innengeld, das den Namen verdient – weg mit Hartz IV!**

Gremium: Fachforum Wirtschaft, Soziales und  
Gesundheit  
Beschlussdatum: 25.11.2022  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

#### **Antragstext**

##### **Arm gegen Ärmer – die politische Instrumentalisierung der Union**

Die wochenlange Debatte über das Bürger\*innengeld wurde insbesondere von Union und AfD für eine Instrumentalisierung von Armen gegenüber den Ärmsten gezielt genutzt, um damit ihr eigenes Narrativ zu stützen, welches im Bürger\*innengeld eine unrechtmäßige Abkehr vom System „Hartz IV“ sieht. Tagelang wurde über einzelne Aspekte der Reform gestritten, ohne die tatsächlich Betroffenen auch nur im Geringsten einzubinden – über ihre Köpfe hinweg und an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Armenhass und kontrafaktische Narrative statt demokratische Verantwortung für die Schwächsten in der Gesellschaft – das ist die Politik von Union und AfD.

Diese Art der Polemisierung wichtiger sozialer Reformen lehnen wir vehement ab. Für die Grünen Jugend ist klar: Wir sind solidarisch mit allen, die in Sozialleistungsbezug fallen! Als antikapitalistische Jugendorganisation wehren wir uns gegen jegliche Stigmatisierung arbeitsloser Menschen und das Ignorieren ihrer finanziellen Not. Gerade in Zeiten multipler sozialer Krisen verurteilen wir die auf gezielte Spaltung ausgelegte Haltung der Union und das Reproduzieren unsachgemäßer Stereotype zu Arbeitslosen, ebenso wie das Ausspielen sozial schwacher Gruppen gegeneinander, für den politischen Geländegewinn.

##### **Ein fauler Kompromiss – untragbare Abstriche**

Der im Vermittlungsausschuss des Bundesrats entstandene Kompromiss, der ein Wegfallen der Vertrauenszeit von 6 Monaten vorsieht, ist für uns als Verband ein nicht hinnehmbarer Beschluss, da nur Sanktionsfreiheit eine Abkehr vom menschenfeindlichen Bild des\*der Sozialschmarotzer\*in bedeutet. Für uns steht fest: Die Beibehaltung verfassungswidriger Sanktionsregime, wie dies vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde, ist nicht vereinbar mit unseren Vorstellungen eines solidarischen Sozialstaates. Wir setzen auf Ermächtigung und

28 Vertrauen, nicht Kontrolle und Drangsalierung.

29 Auch mit Sicht auf Langzeiterwerbstätige, die durch Schicksalsschläge in die  
30 Arbeitslosigkeit geraten, sehen wir gravierende Mängel in der vorgelegten  
31 Reform, insbesondere in der durch die Union mitgestalteten Kompromissfassung.  
32 Eine Kürzung des Schonvermögens um ein Drittel (auf 40.000€) für die  
33 Empfänger\*innen und eine Halbierung des anrechnungsfreien Vermögens für dem  
34 Haushalt angehörige Menschen auf nur 15.000€ (statt 30.000€) ist nicht  
35 akzeptabel, da langjährige Erwerbstätigkeit nicht durch einzelne Begebenheiten  
36 zunichte gemacht werden darf.

37 Statt der ursprünglich angedachten 2 Jahre, in der Bezieher\*innen ihre Wohnung  
38 nicht räumen und eine kleinere beziehen müssen, sollen  
39 Bürger\*innengeldbezieher\*innen nun bereits nach nur einem Jahr potentiell ihre  
40 gewohnten vier Wände verlassen müssen. Wohnraum ist ein Grundrecht. Menschen  
41 können und dürfen nicht ihrem Umfeld entrissen werden, nur weil Behörden ihre  
42 Wohnungsgröße für unangemessen halten. Auch wenn die Union in den letzten Wochen  
43 wiederholt die Sorge vor Bürger\*innengeldempfänger\*innen, die Luxus-Lofte  
44 beziehen und Sozialleistungen empfangen, befeuert hat, sieht die Realität für  
45 die meisten im Bezug gänzlich anders aus. Einengende Räumlichkeiten, Verdrängung  
46 an den Stadtrand, da dort die Mieten in der Regel niedriger ausfallen und  
47 unzureichende Miteinbeziehung persönlicher und gesundheitlicher Gründe für die  
48 Auswahl der jeweiligen Wohnung und ihrer Lage – all das stellt keine Seltenheit  
49 dar.

### 50 **Sozialstaat bedeutet Unterstützung – nicht Gängelung durch** 51 **Sanktionen**

52 Letzten Endes ist für uns aber auch klar, dass es bei der zum Jahresanfang  
53 eingeführt werdenden Reform nicht bleiben kann. Sie ist ein Schritt in die  
54 richtige Richtung, bleibt jedoch in vielen wichtigen Punkten weit hinter den  
55 Mindestanforderungen an ein menschenwürdiges Sozialkonzept zurück, selbst in  
56 ihrer ursprünglichen durch die Ampel eingebrachten Fassung. Eine  
57 Regelsatzerhöhung um 50 Euro, auf 502 Euro insgesamt, stellt allenfalls eine  
58 Inflationsbegleichung dar, keineswegs aber die lange geforderte und so dringend  
59 nötige Annäherung an durch Sozialverbände, wie den Paritätischen, errechnete  
60 Mindestmenge an finanziellen Mitteln zur Ermöglichung eines würdevollen Lebens.

61 Als solidarischer und antikapitalistischer Verband lehnen wir Sanktionen  
62 weiterhin grundsätzlich ab. Nicht nur bergen sie kein Förderungspotential, was  
63 die Vermittlung in Arbeit angeht<sup>[1]</sup>, sondern sie sind auch stets mit  
64 Konsequenzen für die Betroffenen verbunden, die drastischer nicht sein könnten.  
65 Sie drangsalieren, lähmen und verhindern die erfolgreiche Vermittlung, da die  
66 Betroffenen an nichts anderes mehr denken können als das Abwenden der  
67 Sanktionen. Es braucht motivierende Ansätze, nicht solche, die es sich zur

68 Aufgabe machen, Vermittlung in Arbeit als Selbstzweck anzusehen. Geschönte  
69 Statistiken als Ergebnis des Vermittlungsvorrangs von Arbeitslosen in jede noch  
70 so wenig den Fähigkeiten der Betroffenen entsprechende Tätigkeit entspricht  
71 nicht unserem Verständnis einer Solidargemeinschaft.

## 72 **Armut bekämpfen statt verwalten**

73 Wir fordern ein radikales Umsteuern der Ampel. Hartz IV und all seine  
74 Abkömmlinge müssen weg. Daher setzen wir uns in unserem politischen Kampf für  
75 folgende Maßnahmen ein:

- 76 1. Deckelungsfreies Schonvermögen
- 77 2. Regelsatzerhöhung auf eine armutsfeste Grundsicherung von 1.100€ (mit  
78 Möglichkeit zur Beantragung individuellen Mehrbedarfs)
- 79 3. Inflationsbereinigte halbjährliche Anpassung des Regelsatzes und seiner  
80 Bausteine (Bildung, Wohnung, Kultur und Freizeit, etc.)
- 81 4. Wohnungsbeibehalt während des gesamten Bezugs statt Karenzzeit
- 82 5. Regelmäßige Feedbackgespräche<sup>[2]</sup> zwischen Sacharbeiter\*innen und  
83 Bezieher\*innen
- 84 6. Einmalzuschüsse für Sonderausgaben (bspw. kaputte Waschmaschine) statt  
85 Ratenzahlung über Regelsatzkürzungen (monatelanges Abstottern)
- 86 7. Kindergrundsicherung statt Kindersatz und Kindergeld (mind. 400€,  
87 anrechnungsfrei)
- 88 8. Hinzuverdienstgrenzen abschaffen (insbesondere für Angehörige von  
89 Bezieher\*innen)
- 90 9. Automatische Auszahlung bei Fehlen eines Lohnarbeitsverhältnisses  
91 (Schamfreiheit)

92 Armut ist und bleibt keine Entscheidung. Das aktuell geplante Paket läuft jedoch  
93 Gefahr, genau diesen Grundsatz, wie es bereits in fast 20 Jahren Hartz IV der  
94 Fall war, wieder zu missachten und das alte, unzureichende System einfach  
95 fortzuführen – mit wenigen Verbesserungen. Wir fordern von den Grünen, dass sie  
96 vor allem die Regelsätze noch in dieser Legislaturperiode anheben lassen, so wie  
97 es bereits parteiinterne Beschlusslage ist.

98

---

99 [\[1\]](#) Namhafte Studienbeispiele:

- 100 • HartzPlus-Studie (2022), in Auftrag gegeben durch „sanktionsfrei e.V.“
- 101 • Ames, Anne (2010): Ursachen und Auswirkungen von Sanktionen nach § 31 SGB  
102 II in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private  
103 Fürsorge (NDV), Band 90, S. 1-12.
- 104 • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (2022):  
105 Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und  
106 Soziales zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines  
107 Sanktionsmoratoriums (Sanktionsmoratorium).

108 [\[2\]](#) Feedbackgespräche sind als persönlicher Austausch über das weitere Verfahren  
109 und als regelmäßige Anpassung der Anforderungen an die Arbeitsvermittlung  
110 angedacht (bspw. nach Absolvierung einer Qualifikations- oder  
111 Weiterbildungsmaßnahme).

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **G1 Gemeinsam sind wir stärker – Gute Debattenorte für die Grüne Jugend**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 25.11.2022  
Tagesordnungspunkt: G Gemeinsam sind wir stärker - unser  
Ausblick auf das Verbandsjahr 2023

### **Antragstext**

1 Eine Krise jagt die nächste: Während die Corona-Pandemie weiterhin andauert und  
2 wir Kriegen auf der ganzen Welt zuschauen, während wir uns unseren Einkauf nicht  
3 mehr leisten können und die Klimakatastrophe jeden Tag ein Stück näher rückt,  
4 suchen wir als GRÜNE JUGEND linke Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Auch  
5 deshalb sind wir relevanter Teil der politischen Linken: Gemeinsam mit vielen  
6 anderen Akteur\*innen wollen wir für eine bessere Welt streiten und die Straße  
7 nicht rechten und konservativen Kräften überlassen.

8 Und genau deshalb sind wir alle gemeinsam in der GRÜNEN JUGEND aktiv. Wir  
9 bringen uns ein, erleben gemeinsam, was es heißt, politisch wirksam zu sein,  
10 lernen von- und miteinander und entwickeln linke Antworten und Analysen, um Teil  
11 der Veränderung zu sein. Debattenorte sind hierfür ein zentraler Ort in unserem  
12 Verband: Sie geben uns die Möglichkeit, zu diskutieren, uns zu vernetzen, uns  
13 und unsere Positionen dabei weiterzuentwickeln und immer wieder neue Ideen auf  
14 die Tagesordnung zu setzen.

15 Für all dies bietet die GRÜNE JUGEND für viele junge Menschen Orte der  
16 Einbringung: Von der Debattenrunde im Kreisverband über  
17 Landesmitgliederversammlungen bis hin zu bundesweiten Seminaren, Fachforen,  
18 Länderräten und Bundeskongressen. Über die letzten Jahre haben wir diese Orte  
19 immer wieder gemeinsam verändert, sie wurden reformiert, neu aufgestellt oder  
20 sind in anderen Orten aufgegangen. Doch trotz dieser vielen Angebote und  
21 Reformen mussten wir auch immer wieder feststellen, dass wir als stetig  
22 wachsender Verband an unsere Grenzen stoßen. Die bestehenden Debattenorte können  
23 unserem Ziel eines demokratischen und partizipativem Verbandslebens in einem so  
24 vielfältigen Verband häufig nicht mehr gerecht werden. Doch um gemeinsam für  
25 Veränderung zu streiten, ist es für uns als politischen Akteur zentral, gute  
26 Orte auf allen Ebenen zu schaffen, in denen wir uns einbringen, debattieren,  
27 lernen, vernetzen und mitentscheiden können.

28 Insbesondere die Corona-Pandemie hat den Austausch und die gemeinsame Debatte

29 erschwert und noch immer wirkt sich dies auf bestehende Debattenorte aus. So  
30 konnte beispielsweise seit seiner Einführung unser Frühjahreskongress lediglich  
31 online stattfinden. Der Bundeskongress, unser höchstes beschlussfassendes  
32 Gremium, auf dem wir unsere inhaltlichen Positionen und auch die  
33 Verbandsausrichtung für das Jahr beschließen, kratzte schon vor Corona an  
34 organisatorischen und finanziellen Grenzen und konnte seit Beginn der Pandemie  
35 mehrfach nur eintägig oder rein digital und unter enormer organisatorischer  
36 Anstrengung stattfinden, was die gemeinsame Debatte weiter erschwerte. Auch  
37 viele Kreis- und Landesverbände haben mit dem Umstieg auf hybride sowie reine  
38 Online-Veranstaltungen zwar das Beste aus den schwierigen Umständen gemacht,  
39 dennoch konnten auch Videokonferenzen und Online-Kongresse den direkten  
40 Austausch und die gemeinsame Präsenz-Debatte nicht vollumfänglich ersetzen.

41 Um gemeinsam als gesamter Verband Antworten auf diese Probleme zu finden und  
42 wirksame, inklusive und partizipative Debattenorten zu schaffen, wollen wir uns  
43 in einem zweijährigen, verbandsweiten Prozess der Evaluierung und Entwicklung  
44 von Debattenorten widmen. Dieser soll aus drei zentralen Bausteinen bestehen:  
45 Einer gemeinsamen Zielsetzung, der Ist-Analyse, sowie der Entwicklung von  
46 Lösungsansätzen, um unsere Debattenorte so auszugestalten, wie wir sie uns  
47 vorstellen.

48 Dafür wollen wir den Prozess in zwei Phasen teilen. Im ersten Jahr wollen wir in  
49 einem ersten Schritt eine gemeinsame Perspektive darauf entwickeln, wie  
50 Debattenorte in Zukunft in der GRÜNEN JUGEND aussehen sollen: Wie stellen wir  
51 uns Debattenorte vor? Was sollen sie leisten? Wie können uns Debattenorte in  
52 unserer Arbeit für eine bessere Welt helfen?

53 Anschließend daran wollen wir uns in einem zweiten Schritt vor allem damit  
54 beschäftigen, wie Debattenräume im Verband gerade aussehen, welche Bedarfe es im  
55 Verband gibt und welche Hürden wir nehmen müssen: Wo stehen wir als Verband in  
56 Hinblick auf unsere Ziele? Welche Probleme hindern uns gerade daran, diese Ziele  
57 zu erreichen? An welchen Stellen werden wir unserem eigenen Anspruch an  
58 Partizipation und Wirksamkeit noch nicht gerecht? Welche Grenzen gibt es?

59 Darauf aufbauend wollen wir im zweiten Jahr des Prozesses den Weg hin zu diesen  
60 Zielen konkret diskutieren und ausarbeiten. Dafür sollen bis zum Bundeskongress  
61 2024 auf Grundlage der Erkenntnisse der ersten beiden Phasen konkrete  
62 Reformvorschläge erarbeitet und in der gesamten Breite unseres Verbandes  
63 diskutiert werden: Wie kann Teilhabe sichergestellt werden? Wie können wir  
64 gemeinsam verbandsweite Debatten und Positionsfindungen gestalten? Wo können  
65 sich Menschen in Debatten nicht nur inhaltlich weiterentwickeln, sondern den  
66 politischen Austausch und auch Streit lernen? Und welche bestehenden oder neuen  
67 Debattenorte sind nötig, um all dies als Verband angemessen abdecken zu können?

68 All dies wollen wir gemeinsam als gesamter Verband und unsere bestehenden



69 Debattenorte ganz genau unter die Lupe nehmen, damit wir sie reformieren können  
70 und sie am Ende unseren gemeinsamen Zielen entsprechen. Auch wird es unsere  
71 Aufgabe sein, mit den Kreis- und Landesvorständen herauszufinden, welche Orte  
72 auch außerhalb der Bundesebene weiterentwickelt und welche neuen Konzepte dort  
73 erprobt werden können. Gleichzeitig liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der  
74 Weiterentwicklung des Bundeskongresses, insbesondere in Hinblick auf die  
75 Sicherstellung demokratischer Teilhabe, Durchführbarkeit, Jugend- und  
76 Kinderschutz, Sicherheit und Barrierefreiheit.

77 Diesen Prozess können wir nur gemeinsam stemmen. Dafür ist eine breite  
78 Beteiligung aller Menschen in der GRÜNEN JUGEND zentral. Denn klar ist:  
79 Gemeinsam sind wir stärker!

## **V1 Unterstützung für TVStud!**

Antragsteller\*in: Carla Neckermann  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Der Länderrat der Grünen Jugend möge beschließen:

2 Die Grüne Jugend erklärt sich solidarisch mit der Initiative „TVStud –  
3 Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte jetzt!“ und unterstützt die  
4 politische Forderung nach einem Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeits- und  
5 Vertragsbedingungen von Studentischen Beschäftigten.

6 Die Blockadehaltung durch den Arbeitgeberverband TdL (Tarifgemeinschaft  
7 deutscher Länder) muss endlich aufgehoben werden. Dazu fordern wir die  
8 Finanzministerien der Bundesländer dazu auf, sich in den Tarifrunden der Länder  
9 dafür einzusetzen, dass diese Tariflücke im öffentlichen Sektor endlich  
10 geschlossen wird.

11 Darüber hinaus soll sich der Bundesvorstand der Grünen Jugend dafür einsetzen,  
12 dass in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen ein Bewusstsein für  
13 dieses Ziel und eine Sensibilisierung für das Thema Tarifbindung geschaffen  
14 wird.

## **V2 Ein neuer finanzpolitischer Rahmen für Europa**

Gremium: FaFo Wirtschaft, Soziales, Gesundheit  
Beschlussdatum: 24.11.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Europa ist im Dauer-Krisenmodus: Während Inflation, Kriege, die Klimakatastrophe  
2 und schwelender Nationalismus unser aller Existenz bedrohen, sind viele  
3 europäische Staaten durch handlungsunwillige Politik und willkürlich  
4 festgesetzte Schuldengrenzen gefesselt. Dazu kommen die bis heute spürbaren  
5 Folgen der Finanz- und Eurokrise sowie der zahlreichen wirtschaftspolitischen  
6 Fehler in den Jahren danach: Anstatt zu investieren, zwang sich die Eurozone zum  
7 Sparen.

8 All diese Krisen sind zu groß, als dass einzelne Länder sie allein angehen  
9 könnten. Sie erfordern zwingend mehr europäische Zusammenarbeit, was nur mit  
10 einer Reform der europäischen Institutionen möglich ist. Nur durch weitere  
11 Integrationsschritte kann die Eurozone monetär und gesamtwirtschaftlich souverän  
12 und zu einer stabilen Währungsunion werden. Die im Folgenden vorgeschlagenen  
13 Maßnahmen sind notwendig, um die zahlreichen aktuellen Herausforderungen zu  
14 bewältigen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und konkrete  
15 Schritte hin zu einem zukünftigen europäischen Bundesstaat zu tun, zu dem sich  
16 auch im Ampel-Koalitionsvertrag bekannt wurde.

### **Der monetären Integration muss eine fiskalische folgen**

18 Die Einführung des Euro war ein politisch beeindruckender und historisch  
19 wichtiger Schritt hin zu mehr Zusammenarbeit. Seine Architektur blieb jedoch  
20 stets unfertig und brachte zahlreiche Probleme mit sich, die sich besonders in  
21 der Eurokrise und der darauf folgenden Austeritätsdekade offenbarten - mitsamt  
22 ihrer fatalen Auswirkungen etwa auf Investitionstätigkeit, öffentliche  
23 Daseinsvorsorge und die zunehmende ökonomische Ungleichheit innerhalb der und  
24 zwischen den Euro-Mitgliedsländern.

### **Ein Haushalt für alle**

26 Eine zentrale Leerstelle ist bei alledem die fehlende fiskalische Integration.  
27 Europa braucht endlich einen richtigen, *gemeinsamen Haushalt*, der einige

28 zentrale staatliche Ausgaben tätigt und mit eigenen Einnahmen deckt. Wo Krisen  
29 in einzelnen Ländern sonst die Staatsfinanzen zwangsläufig einschränken und so  
30 die Erholung erschweren, würde ein gemeinsamer Haushalt stattdessen als  
31 automatischer Stabilisator wirken und bei asymmetrischen (länderspezifischen)  
32 Schocks ein Auseinanderdriften der Staaten verhindern.

33 Dazu wollen wir besonders zyklische Einnahmen und Ausgaben integrieren, d.h.  
34 Ausgaben, die in Krisenzeiten steigen, und Einnahmen, die gleichzeitig fallen.  
35 Auf diese Weise erhalten automatisch diejenigen Länder Nettotransfers aus dem  
36 Haushalt, denen es wirtschaftlich schlechter geht als dem Rest. Auf der  
37 Einnahmenseite bieten sich hier beispielsweise *gemeinsam festgelegte*  
38 *Unternehmens- und Kapitalertragssteuern* an, was zugleich einen schädlichen  
39 Steuerwettbewerb verhindert. Auf der Ausgabenseite braucht es etwa eine  
40 europäische Arbeitslosigkeitsversicherung, die ggf. national aufgestockt und  
41 perspektivisch zu einer *europäischen Jobgarantie* entwickelt werden kann. Die  
42 Europäisierung derartiger Maßnahmen würde zudem die nationalen Arbeitsmärkte  
43 stärker angleichen, um Sozialstaatsabbau und Lohndumping als Wettbewerbspolitik  
44 unmöglich zu machen. Selbstverständlich ersetzt die Stabilisierungsfunktion  
45 eines europäischen Haushalts keineswegs eine aktive antizyklische  
46 Wirtschaftspolitik, die parallel weiterhin erfolgen muss.

47 Ein gemeinsamer Haushalt kann zudem effizient öffentliche Güter auf europäischer  
48 Ebene bereitstellen, bei denen es ein transnationales Trittbrettfahrerproblem  
49 gibt (dies bedeutet, dass Nationalstaaten zu wenig tun, weil sie von den  
50 Anstrengungen anderer profitieren). Wie aktuelle Krisen zeigen, zählen dazu vor  
51 allem Investitionen in den Klimaschutz sowie Ausgaben für die kollektive  
52 Verteidigung. Um dieses Problem zu lösen und um die Entwicklungskonvergenz der  
53 europäischen Staaten zu fördern, fordern wir neben dem europäischen Haushalt  
54 zudem einen *europäischen Transfermechanismus* nach dem Vorbild des deutschen  
55 Länderfinanzausgleichs. Mit diesem können sowohl temporäre als auch strukturelle  
56 Probleme effektiver angegangen und Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung  
57 besonders in gegenwärtig schwachen Regionen geschaffen werden.

### 58 Gemeinsame Währung, gemeinsame Verschuldung

59 Wir als Grüne Jugend fordern zur fiskalpolitischen Integration die Einführung  
60 eines *dauerhaften Instruments zur gemeinsamen Verschuldung* in Form einer grünen  
61 Anleihe.

62 Diese bietet folgende Vorteile

- 63 • Durch eine (explizite oder implizite) Garantie der EZB würde eine solche  
64 Anleihe risikolos sein und als europäisches Safe Asset die Finanzmärkte  
65 stabilisieren.

- 66 • Ein solches Asset erleichtert es der EZB, die Zinskurve in der gesamten  
67 Eurozone zu kontrollieren. Gegenwärtig ist diese Zinssteuerung durch  
68 Spreads (d.h. von Finanzmärkten verursachten, länderspezifischen  
69 Zinsaufschlägen auf nationale Staatsanleihen) gestört.
  
- 70 • Ohne ein Ausfallrisiko wird ein niedrigeres und stabileres Zinsniveau  
71 hergestellt.
  
- 72 • Es entsteht ein Level Playing Field für Unternehmensfinanzierungen, deren  
73 Zinsen sich bisher an denen nationaler Staatsanleihen orientieren.
  
- 74 • Zinskosten, die eine große Belastung für die Haushalte einiger Euro-Länder  
75 darstellen, werden reduziert und stabilisiert, sodass die Staaten mehr  
76 Planungssicherheit und Gestaltungsspielräume haben.

77 Selbstverständlich muss eine kollektive Verschuldung der Eurozone klug gestaltet  
78 werden. So ist unbestreitbar, dass das Teilen einer gemeinsamen Währung  
79 erfordert, *über die Neuschöpfung dieses Geldes gemeinsam zu entscheiden*. Dies  
80 betrifft nicht nur das jährliche Emissionsvolumen und dessen Verteilung auf die  
81 einzelnen Länder sowie den gemeinsamen Haushalt, sondern auch den angestrebten  
82 Zinssatz. Schließlich hat die Vergangenheit gezeigt, dass die "Disziplinierung"  
83 von Staaten durch marktgetriebene Zinsen nicht funktioniert, sodass eine  
84 politische Festsetzung mehr Vor- als Nachteile bringt.

85 Eine autonome Emission nationalstaatlicher Anleihen wäre selbst bei Einführung  
86 einer gemeinsamen Euro-Anleihe weiterhin möglich. Diese würde dann jedoch nicht  
87 der gemeinschaftlichen Haftung unterliegen und müsste sich innerhalb neu  
88 definierter Fiskalregeln bewegen. So können in einem bundesstaatlichen System  
89 zentrale staatliche Aufgaben auf bundesstaatlicher Ebene erfüllt und finanziert  
90 werden, für die alle Staaten gemeinsam haften. Für die separate Verschuldung der  
91 einzelnen Bundesstaaten hingegen haften diese ausschließlich selbst.

### 92 Neue Fiskalregeln für die Übergangszeit

93 Solange keine weitreichende fiskalische Integration erfolgt ist, brauchen wir  
94 bessere Fiskalregeln für nationale Haushaltspolitik. Wir als Grüne Jugend  
95 fordern solche Fiskalregeln, die eine nachhaltige, stabile und soziale  
96 wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

97 Die bisherigen Fiskalregeln beruhen auf willkürlich festgelegten numerischen

98 Grenzwerten sowie “disziplinierenden” Finanzmärkten, die nicht demokratische  
99 legitimiert sind und oft selbst Fehlentwicklungen hervorgerufen haben, anstatt  
100 sie zu verhindern. Reformierte Regeln hingegen müssen

- 101 1. in eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung eingebettet sein, die anhand  
102 qualitativer Standards Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit neuer Verschuldung  
103 evaluiert,
- 104 2. temporäre sowie strukturelle Probleme adressieren, also langfristige  
105 Investitionen genau so wie antizyklische Ausgaben ermöglichen,
- 106 3. demokratisch legitimiert sowie ökonomisch fundiert sein.

107 Es ist eindeutig, dass die aktuelle Position der Bundesregierung hinter den  
108 genannten Kriterien weit zurückbleibt und in der jetzigen Form keine Grundlage  
109 für eine Reform der Fiskalregeln für die Zeit bis zu einem substantiellen  
110 Fortschritt bei der europäischen Integration sein darf.

### 111 **EZB nicht mehr alleine lassen**

112 Seit ihrer Gründung hat sich wiederholt gezeigt, dass die EZB mit den ihr zur  
113 Verfügung stehenden Instrumenten das Inflationsziel nicht für alle Staaten der  
114 Eurozone durchsetzen kann. Ihr Hauptwerkzeug, die Zinspolitik, konnte nach der  
115 Finanzkrise weder die Nachfrage ausreichend stimulieren noch kann es in der  
116 aktuellen Inflation die entscheidenden Problemstellen adressieren. Daher darf  
117 das Verfolgen des *Inflationsziels nicht allein Aufgabe der Geldpolitik* bleiben,  
118 sondern auch die Fiskal- und Ordnungspolitik müssen dieses anstreben. Das  
119 aktuelle wirtschaftspolitische Rahmenwerk steht dem jedoch entgegen: So wird  
120 beispielsweise im Europäischen Semester nur zu hohes, aber nicht zu niedriges  
121 Lohnwachstum als problematisch eingestuft, obwohl zu niedrige Löhne etwa in  
122 Deutschland lange Zeit für zu niedrige Inflationsraten und wachsende  
123 Handelsungleichgewichte gesorgt haben. Stattdessen sollte sich von oben wie von  
124 unten an ein Lohnwachstum gemäß der goldenen Regel angenähert werden  
125 ( $\text{Nominallohnzuwachs} = \text{Produktivitätszuwachs} + \text{Inflationsziel}$ ).

126 Da gegenwärtige Instrumente von Zentralbanken die Ungleichheit verstärken  
127 können, wollen wir als Grüne Jugend der EZB die Möglichkeit geben,  
128 *Direkttransfers an private und öffentliche Haushalte* (Outright Transfers, OT) zu  
129 tätigen. Damit kann die EZB besser die effektive Nachfrage steuern und eine  
130 funktionierende Inflationspolitik auch an der Nullzinsgrenze betreiben. Zudem  
131 könnte dadurch die Durchsetzung von Preisstabilität mit verteilungspolitischen  
132 Zielen verknüpft werden. Dies würde natürlich sowohl die Zustimmung des EZB-Rats  
133 als auch gewählter Parlamentarier erfordern und müsste im Einklang mit den  
134 Inflationszielen stehen. Ein *digitaler Euro* würde die notwendige Infrastruktur  
135

136 für Direkttransfers schaffen und sollte unter anderem deshalb baldmöglichst  
eingeführt werden.

137 Darüber hinaus fordern wir als Grüne Jugend eine *Erweiterung des Primärmandats*  
138 *der EZB* um die Ziele "nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung" und  
139 "Vollbeschäftigung". Zudem sollen ihre Maßnahmen klimafreundlich gestaltet  
140 werden und die Konvergenz der Euro-Mitglieder fördern.

### 141 **Die Eurozone demokratisieren**

142 Europäische Finanzpolitik wird derzeit vor allem von EU-Kommission und  
143 Eurogruppe bestimmt. Beiden Gremien fehlt eine direkte demokratische  
144 Legitimierung und sie bilden die bestehende Meinungsvielfalt nur ungenügend ab.  
145 Stattdessen braucht es eine Stärkung des EU-Parlaments sowie die *Ablösung der*  
146 *intransparenten Eurogruppe durch eine ständige Vertretung aus nationalen*  
147 *Delegierten*. Dieses Organ muss das Einstimmigkeitsprinzip hinter sich lassen und  
148 eine klare vertragliche Grundlage besitzen. Es wird gebraucht, um die  
149 gegenwärtig von Nationalstaaten dominierte Fiskalpolitik europäisch zu  
150 koordinieren und beispielsweise die Einhaltung qualitativer Standards für  
151 nationale Haushaltspolitik auf Grundlage von Expert:innengutachten zu  
152 überprüfen. Zur Stärkung der politischen Legitimität europäischer  
153 Wirtschaftspolitik muss zudem der *Austausch zwischen EZB und EU-Parlament*  
154 *gestärkt* werden, etwa indem bei den vierteljährlichen Aussprachen die für das  
155 Sekundärmandat der EZB relevanten wirtschaftspolitischen Ziele konkretisiert  
156 werden und die vergangene Geldpolitik daran evaluiert wird.

### 157 **Fazit**

158 Um aktuelle Herausforderungen effektiv zu bewältigen, die sozialökologische  
159 Transformation zu beschleunigen und Europa zu stärken, muss das Rahmenwerk der  
160 Eurozone grundlegend reformiert werden. Daher fordern wir als Grüne Jugend  
161 insbesondere:

- 162 • einen starken europäischen Haushalt mit gemeinsamer Verschuldung
- 163 • eine Reform der europäischen Fiskalregeln, v. a. durch qualitative  
164 Standards
- 165 • eine Erweiterung des EZB-Mandats und Direkttransfers als neues  
166 geldpolitisches Instrument
- 167 • Preisstabilität auch zur Aufgabe von Fiskal- und Ordnungspolitik zu machen
- 168 • eine transparente und demokratische Reform der politischen

### Entscheidungsprozesse

170 Die Zeichen für eine Reform und Weiterentwicklung der Eurozone und der  
171 restlichen Union stehen gut, denn die Zustimmungswerte zum Euro sind in allen  
172 Ländern gegenwärtig so hoch wie lange nicht. Die große Mehrheit der Bürger:innen  
173 wünscht sich mehr europäische Zusammenarbeit für ein starkes, nachhaltiges,  
174 soziales und demokratisches Europa. Mit ihrer Unterstützung muss Deutschland  
175 seine Blockadehaltung aufgeben und stattdessen gemeinsam mit den anderen EU-  
176 Staaten den Prozess starten, das wirtschaftspolitische Fundament Europas zu  
177 reformieren und eine stabile Architektur für die Zukunft schaffen. Die Zeit  
178 drängt.



## **V3 Internationale Solidarität in Zeiten der Krise - Eine Antwort auf globale Ungleichheiten geht nur solidarisch!**

Antragsteller\*in: Konstantin Mallach  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

#### **1 Einleitung**

2 Solidarität bedeutet, sich für diejenigen einzusetzen, denen Unrecht geschieht.  
3 Für uns als linke Jugendorganisation muss das auch bedeuten, die globalen  
4 Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung zu bekämpfen – mit allen Mitteln, die  
5 uns hier zur Verfügung stehen. Was in Deutschland gilt, darf an unseren Grenzen  
6 nicht aufhören!

7 Mit kolonialen Herrschaftssystemen schufen europäischen Nationen systematische  
8 Wege, um Wohlstand vom globalen Süden nach Europa umzuverteilen. Hierfür wurden  
9 Kriege geführt, Grenzen gezogen und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander  
10 ausgespielt. Komplexe politische Strukturen wurden aufgebaut, mit denen Güter  
11 unter schlimmsten Bedingungen in Kolonialstaaten produziert wurden und somit zu  
12 Dumpingpreisen verkauft wurden, während sie für enorme Ungleichheit auch  
13 innerhalb der kolonialen Staaten sorgten.  
14 Die Konflikte und Systeme, die geschaffen wurden, wirken bis heute nach.  
15 Im weltumspannenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts wird noch immer für  
16 diejenigen produziert, die viel besitzen. Technologien, Immobilien und  
17 Infrastruktur haben Leitunternehmen und reiche Menschen vor allem im globalen  
18 Norden gehortet. Länder und Staatenverbünde im globalen Norden stützen dieses  
19 System an vielen Stellen durch einen weitgehenden Abbau an Handelshemmnissen und  
20 durch hohe Subventionen in bestimmten Branchen (etwa im Agrarbereich). Im  
21 entfesselten Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen, werden globale  
22 Ungleichheiten somit nur verstärkt.

23  
24 Die Ungleichheit nimmt deshalb auch aktuell weiter zu, wenige Milliardäre  
25 besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Sie profitieren von  
26 Monopolen über Märkten, Marken oder die Kontrolle von riesigen Unternehmen.  
27 Gleichzeitig konkurrieren Milliarden Menschen um schlecht bezahlte Jobs und  
28 verrichten wichtige Arbeit zu viel zu geringen Löhnen.  
29 Das System der Ungleichheit muss bekämpft werden, der Globale Norden muss  
30 endlich mehr Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden übernehmen. Dazu braucht  
31

32 es eine systematische Antwort auf ein System, das Krisen immer wieder aufs neuer  
33 hervorruft. Es muss darum gehen, dass T-Shirts, Handys und alles, was wir  
34 brauchen, unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wird, egal wo es herkommt.  
Das ist unser aller Menschenrecht, nichts Geringeres müssen wir erkämpfen!

### 35 **Lieferketten und Handel global gerecht gestalten!**

36 Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die globale Weltordnung und  
37 mit ihr die globale Wirtschaftsordnung neu gemischt. Einerseits zeigte sich hier  
38 die geopolitische Bedeutung des **Handels**, denn die Abhängigkeit Europas von  
39 Russland wurde zu einer scharfen Waffe Putins. Andererseits wird aber auch  
40 deutlich, dass die EU in ihren Handelsbeziehungen viel zu oft Ungleichheiten  
41 ausnutzt. Viele Länder des globalen Südens fühlen sich zu Recht so ungerecht  
42 behandelt, dass sie die außenpolitische Linie der EU nicht teilen. Noch immer  
43 gibt es zu wenig **ökologische und arbeitsrechtliche Standards** für die Produkte,  
44 die importiert oder auch exportiert werden. Höhere Standards dürfen aber nicht  
45 dazu führen, dass der Handel einfach mit anderen Partner\*innen getrieben wird.  
46 Es muss darum gehen, durch **finanzielle Hilfen die Mehrkosten** von solchen  
47 Standards mitzutragen und die **Industrialisierung anderer Länder proaktiv zu**  
48 **unterstützen.**

49  
50 **In modernen Lieferketten** sind die Herstellungsschritte für Endprodukte quer über  
51 den Globus verteilt. Unternehmen in Ländern des globalen Nordens sind auf die  
52 Arbeit und Ressourcen aus dem Süden angewiesen. Doch diese Ressourcen werden in  
53 Ländern des globalen Südens häufig gnadenlos ausgebeutet, um im Wettbewerb um  
54 Exporte mithalten zu können. Diese Spannung lässt sich erst auflösen, wenn es  
55 einen klaren Einsatz zu fairen Arbeitsbedingungen in Lieferketten gibt. Hierzu  
56 gehört neben grundlegenden Löhnen und Arbeitsschutz vor allem auch die  
57 gewerkschaftliche Organisation von Arbeiter\*innen, die in vielen Ländern noch  
58 behindert wird.

59 Erste **Lieferkettengesetze** zeigen, dass eine Überprüfungen von Unternehmen, dazu  
60 führen, dass systematische Verletzungen der grundlegenden Arbeitsrechte  
61 transparent werden. Gut gestaltete Gesetze verpflichten daraufhin nicht nur  
62 Staaten zum Handeln, sondern auch die zuliefernden Unternehmen. Diese  
63 Lieferkettengesetze gilt es für die EU auszuweiten und die Strafverfolgung zu  
64 stärken. Sie schaffen nicht von heute auf morgen Gerechtigkeit, sondern wirken  
65 Stück für Stück für mehr globale Gerechtigkeit.

66  
67 In Europa beginnt aktuell ein neues Zeitalter der **Industriepolitik**. Der Staat  
68 mischt sich aktiv ein in die „Begrünung“ der Ökonomie. Und auch wenn diese  
69 Schritte viel zu zögerlich sind, muss eine solche Einmischung endlich als Chance  
70 genutzt werden. Die Ausweitung von unternehmerischer Zusammenarbeit für die  
71 Entwicklung von klimaneutralen Produkten und Infrastruktur ist ein weiterer  
72 entscheidender Punkt. Faire Löhne und umweltschonende Methoden deutscher  
73 Unternehmen bei diesen Projekten sollten durch staatliches Handeln gefordert und

74 gefördert werden, damit Unternehmen aus dem Ausland keinen Vorteil aus  
75 Menschenrechtsverletzungen ziehen.

76 Wir fordern deshalb:

77 - den Einsatz Deutschlands für ein **UN-Abkommen, das wirtschaftliche Normen für**  
78 **Unternehmen und Staaten** festlegt und somit gleichwertige Standards für alle  
79 schafft. Ein Unterschreiten solcher Standards darf keine wirtschaftlichen  
80 Vorteile mehr für Unternehmen bieten.

81 - die **Standards für Handelsabkommen der EU zu heben** und eine Ausweitung der  
82 Kriterien auf Biodiversität und grundlegende Arbeitsstandards (insbesondere die  
83 ILO-Kernarbeitsnormen), außerdem eine stärkere Einbeziehung der  
84 Zivilgesellschaft der Abkommensländern für konkretere Umwelt- und  
85 Arbeitsstandards. Besonders die grüne Industrialisierung sollte in  
86 Handelsverträgen gezielt geschützt werden und Gewerkschaftsbildung durch  
87 finanzielle Mittel gefördert werden.

88 - Ein **EU-Lieferkettengesetz**, das einer geschärften Version des deutschen  
89 Lieferkettengesetzes entspricht. Dieses sollte auch für kleine Unternehmen und  
90 solche im Finanzsektor gelten und auch die Möglichkeiten einer Zivilklage  
91 beinhalten. Wenn Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, müssen sie  
92 haftbar sein.

93 - **Zusammenarbeit mit zukunftsfähigen Unternehmen und Organisationen im Globalen**  
94 **Süden** zu stärken. Technologietransfers und Wissensweitergabe (etwa durch  
95 Ausbildungen) in (unternehmerischen) Partnerschaften müssen politisch viel  
96 strategischer forciert und durch finanzielle Anreize abgesichert werden.

97 - eine **Abkehr der enormen Exportorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik**  
98 durch einen stärkeren Fokus auf die Binnennachfrage; dies schafft mehr  
99 Gerechtigkeit innerhalb Europas und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe

### 100 **Internationale Entschuldung jetzt!**

101 Schulden sind schon länger ein enormes Problem vieler Länder im globalen Süden,  
102 im Moment stellen sie jedoch mit steigenden Zinsen nochmal eine viel größere  
103 Gefahr dar. Privatanleger und multilaterale Akteure wie die Weltbank sind  
104 bedeutende Geldgeber für die Industrialisierung in vielen Ländern des globalen  
105 Südens, die allerdings viel zu häufig eine aggressive oder schlecht ausgefeilte  
106 Entschuldungspraxis verfolgen. Vor allem die Privatisierung und der Abbau  
107 öffentlicher (Gesundheits- und Sozial-) Einrichtungen fallen darunter. Diese  
108 Schuldenpolitik zeichnet sich aktuell wieder ab, da sich viele Länder wieder neu  
109 verschulden und wieder mehr und vor allem private Gläubiger auf die Bühne  
110 treten.

111 Um die Rückkehr zu einer Schuldenpolitik, die von Austerität geprägt ist, zu  
112 verhindern, fordern wir für die deutsche und internationale Politik:

113 - das von der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen  
114 (UNCTAD) **festgelegte Ziel der Entschuldung von 2,5 Bio US-Dollar** konsequent zu  
115 verfolgen.

116 - **Schuldenschnitte für Länder, die als "Länder mit geringsten Einkommen" (LDC)**  
117 **klassifiziert werden**. Diese sind nach Vorbild erfolgreicher multilateraler  
118 Initiativen zu gestalten. Mit dem Abkommen sollen Armutsbekämpfungsprogramme und  
119 Entschuldungspfade festgelegt und partnerschaftlich ausgerichtet werden, während  
120 auf weitere Konditionalitäten verzichtet wird. Sozial- und Gesundheitsausgaben  
121 dürfen kein Grund mehr sein, um Länder nicht zu entschulden.

122 - **Private Gläubiger stärker in den Blick** zu nehmen, vor allem durch eine  
123 Aushandlung von Entschuldungsabkommen. Das Verbot von Geierfonds, welches  
124 privaten Gläubigern verbietet kollabierende Staatsanleihen aufzukaufen.

125 - innerhalb der zuständigen Internationalen Organisationen (IMF) die Position  
126 der Länder des globalen Südens zu stärken durch eine Reform, die Ländern, die  
127 als Entwicklungsländer klassifiziert werden, ein stärkeres Stimmrecht einräumt  
128 und die Demokratisierung des IMF vorantreibt.

### 129 **Globale Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen!**

130 Um die finanziellen Probleme von Ländern im globalen Süden zu bekämpfen, müssen  
131 auch Steueroasen konsequent bekämpft werden und ein steuerlicher  
132 Unterbietungswettbewerb verhindert werden. Studien schätzen, dass 40% des  
133 Kapitals von transnationalen Unternehmen sich in Steueroasen befinden.  
134 Gleichzeitig enthüllten Journalist\*innen jährlich neue Skandale der  
135 internationalen Steuerhinterziehungen.

136 Ebenso ist die Anhäufung von Macht von Superreichen ein Problem, das langfristig  
137 Sicherheitsrisiken birgt und jetzt bereits unsere Demokratien vor Probleme  
138 stellt. Das zeigt die Corona-Krise ganz deutlich, denn während sich das Vermögen  
139 der reichsten 10 Menschen im letzten Jahr verdoppelt hat, mussten 160 Millionen  
140 Menschen zusätzlich in Armut leben.

141 Als Grüne Jugend fordern wir deshalb:

142 - Den Einsatz der deutschen Regierung über Forderungen innerhalb der G7, der UN  
143 und anderen Organisationen für mehr Steuergerechtigkeit. Dazu gehört:

- 144 • auf internationaler Ebene den **konsequenten, niedrighwelligen und**  
145 **digitalen Austausch von Bankdaten**, um Steuerhinterziehung zu vermeiden.

- 146 • Untergrenze für eine **Kapitalsteuer auf alle Vermögensgüter**, die global  
147 mindestens 15% beträgt und proportional zu den Renditen der  
148 Vermögensbesitzer steigt.

149 - eine entschiedenere und koordinierte Unterstützung für Partnerländer im  
150 globalen Süden zur Implementierung von progressiven Steuern (vor allem mit Fokus  
151 auf die Vermögenssteuer und Grund- und Immobiliensteuern)

## **Begründung**

Wir haben viele Beschlüsse zur globalen Gerechtigkeit, doch unsere strukturellen Forderungen für eine gerechte globale Wirtschaftsordnung bedürfen eines weiteren Diskussionsimpulses. Dieser Antrag liefert einen solchen Impuls und reagiert damit auch auf aufkommende Debatten zu einer gerechteren globalen Wirtschaftsordnung. Besonders in Krisenzeiten dürfen globale Machtungleichgewichte nicht zementiert werden, sondern Solidarität auch international gedacht werden!

## **V4 Tiere sind keine Zirkusnummer!**

Gremium: Delegierte der Grünen Jugend Hessen  
Beschlussdatum: 25.11.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

#### **1 Wir brauchen Veränderungen - auf Bundesebene!**

2 Im Dezember 2021 hat die Stadt Rodgau im hessischen Landkreis Offenbach als  
3 erste Kommune in Deutschland beschlossen, öffentliche Plätze nicht mehr an  
4 Zirkusbetriebe oder Veranstalter\*innen zu vergeben, die Tiere zur Schau stellen  
5 [\(1\)](#). Basierend auf diesem Meilenstein im Schutz von Zirkustieren, hat die Grüne  
6 Jugend Hessen im April 2022 einen Antrag zum Verbot der Zur-Schau-Stellung von  
7 Tieren auf öffentlichen Plätzen beschlossen [\(2\)](#). Noch im selben Monat wurde der  
8 Beschluss der Stadt Rodgau gerichtlich gekippt. Ein Zirkusbetreiber hatte  
9 geklagt und das Verwaltungsgericht Darmstadt entschied: "Das Tierschutzgesetz  
10 gibt keine Grundlage für ein Verbot der Haltung von Tieren in Zirkussen her"  
11 [\(3\)](#). Damit ist klar: Wer konsequenten Tierschutz in Zirkusbetrieben will, muss  
12 Veränderung auf Bundesebene schaffen!

13 Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Darmstadt, ermöglichen weder  
14 das Tierschutzgesetz noch die Zirkusleitlinien den Kommunen, ihre Flächen nur an  
15 Zirkusbetriebe ohne Tiere zu vergeben. Sie haben daher keine rechtliche  
16 Grundlage, um die Vergabe ihrer Flächen zu beschränken. Der Fall in Rodgau  
17 zeigt, dass Zirkusbetriebe selbst gegen bereits gesetzte Vergaberichtlinien  
18 erfolgreich klagen können.

#### **19 Tiere leiden - doch die Gesetzgebung hängt hinterher!**

20 Um die Haltung von Zirkustieren zu beurteilen, hat das Bundesministerium für  
21 Ernährung und Landwirtschaft 1990 erstmals die "Leitlinien für die Haltung,  
22 Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen  
23 Einrichtungen" erarbeitet [\(4\)](#). Diese Leitlinien wurden zuletzt im Jahr 2000  
24 aktualisiert und gelten bis heute in dieser Form. Sie sind mittlerweile nicht  
25 nur 22 Jahre alt, sondern gewährleisten auch keinen wirksamen Tierschutz.

26 Aktuell gilt - laut Zirkusleitlinien - das Säugetiergutachten (welches bspw. die  
27 Haltung von Säugetieren in Zoos regelt) nicht in vollem Umfang für

28 Zirkusbetriebe, sofern diese ihre Säugetiere jeden Tag beschäftigen (4). So wird  
29 beispielsweise das Reiten auf Ponys, Elefanten und Kamelen als Beschäftigung der  
30 Tiere explizit empfohlen (4). Sogar bei Giraffen wird empfohlen, dass der\*die  
31 Tierlehrer\*in zur Dressur auf diesen reitet (4). Das Betteln um Geld, mit Hilfe  
32 von Zirkustieren, kann behördlich untersagt werden, ist aber nicht grundsätzlich  
33 verboten (4). Hier wird direkt mit dem Leid der Zirkustiere Geld verdient!

34 Auch die Haltungsbedingungen verschiedener Tierarten werden beschrieben. So  
35 werden auch Gehegegrößen angegeben und explizit darauf hingewiesen, dass bei  
36 täglicher Beschäftigung der Zirkustiere, die Gehege kleiner sein dürfen, als im  
37 Säugetiergutachten geregelt (4). Hier wird für dieselben Tierarten mit zweierlei  
38 Maß gemessen und durch Ausnahmeregelungen werden kleine Gehege und damit  
39 verbundenes Tierleid ermöglicht.

40 Darüber hinaus schaffen die Zirkusleitlinien auch im Umgang mit den Zirkustieren  
41 Grundlagen für mehr Leid. So ist genügend Elefanten in ihrem Stallzelt so  
42 anzuketten, dass sie sich hinlegen und lediglich einen Schritt vor und zurück  
43 machen können (4).

44 Derzeit kann den Zirkusbetrieben bei groben Verstößen gegen die Vorschriften zur  
45 Haltung von Zirkustieren das Halten der Tiere behördlich untersagt werden. Die  
46 Zirkusleitlinien regeln allerdings auch, dass das Halten der Tiere auf  
47 entsprechenden Antrag wieder zu gestatten ist, wenn davon ausgegangen werden  
48 kann, dass entsprechende Verstöße nicht wieder vorkommen (4). So können  
49 Menschen, die in der Vergangenheit wegen Tierquälerei aufgefallen sind, durch  
50 einen entsprechenden Antrag wieder die Erlaubnis zur gewerblichen Haltung von  
51 Tieren bekommen.

52 Im Jahr 2020 hat Julia Klöckner den Entwurf eines Nachstellverbots bestimmter  
53 Tierarten vorgestellt. Damit sollen Zirkusbetriebe zukünftig keine weiteren  
54 Elefanten, Giraffen, Nashörner, Flusspferde, Großbären oder Primaten mehr  
55 erwerben können (5). Doch dieses geht nicht weit genug!

### 56 **Wildtiere im Zirkus müssen ein Auslaufmodell sein!**

57 Gerade weil dieses wichtige Thema in den Zuständigkeitsbereich des grün  
58 geführten Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fällt, fordern wir  
59 als Grüne Jugend eine zeitnahe Überarbeitung der Leitlinien und wirksame  
60 Maßnahmen zum Schutz von Zirkustieren! Konkret bedeutet das für uns:

- 61 • Ein wirksames Nachstellverbot für alle Wildtiere.
- 62 • Die Zirkusleitlinien müssen so überarbeitet werden, dass sie Zirkustiere

63 nach heutigen Standards schützen.

- 64 • Das Tierschutzgesetz muss so angepasst werden, dass Länder und Kommunen  
65 selbst entscheiden können, welchen Betrieben sie ihre Flächen zur  
66 Verfügung stellen.
  
- 67 • Zirkusbetriebe müssen genau staatlich untersucht und geprüft werden, denn  
68 neben der Überarbeitung dieser Leitlinien ist auch deren Einhaltung  
69 essenziell.
  
- 70 • Zusätzlich muss gelten: Wer grob gegen diese Leitlinien und den Tierschutz  
71 verstößt oder sich mehrfach der Einhaltung der Regularien entzieht, darf  
72 dauerhaft keinen Zirkus mit Tieren mehr betreiben!

73 Auf lange Sicht müssen wir es schaffen, dass deutschlandweit nur noch tierfreie  
74 Zirkusse erlaubt sind. "Die Tierhaltung in Zirkussen möchten wir komplett  
75 abschaffen", so steht es in unserem Selbstverständnis und dazu stehen wir auch  
76 weiterhin [\(6\)](#)! Dies ist die einzige Art und Weise, wie Tierschutz in  
77 Zirkusbetrieben ordentlich und konsequent durchgesetzt werden kann. Lasst uns  
78 einen ersten Schritt hin zu diesem Ziel gehen und den Status quo signifikant  
79 verbessern, damit Tiere die aktuell in Zirkusbetrieben leben so gut es geht  
80 geschützt werden. Denn Tiere sind keine Zirkusnummer!

## **Begründung**

-erfolgt mündlich-